

Dezernent Schmitz verwies auf die Informationen in der Vorlage und berichtete, dass das Projekt auf der Zielgeraden sei, da die erste Phase „Daten für Taten“, welche vom Land gefördert werde, Ende des Jahres auslaufe.

Abgeordnete Ruiters zeigte ihre Enttäuschung darüber das das Themenfeld „Wohnen“ aufgrund des Fehlens kleinräumiger Daten in der aktuellen Phase keine Berücksichtigung finden konnte. Sie wisse, dass im Ausschuss für Digitalisierung und Tourismus der Bericht „Wohnen, Leben und Arbeiten“ im RSK vorgelegt worden sei. Sie bat um Klärung, ob diese Daten verwendet werden könnten, um den Punkt in die Sozial- und Pflegeplanung mit einzubauen.

Dezernent Schmitz erklärte hierzu, dass der Verwaltung kleinräumige Daten auf Quartiersebene nicht vorliegen würden. Die erste Aggregationsstufe für das Ausweisen von Daten seien die 19 Städte und Gemeinden; deren Gebiet sei in insgesamt 158 Quartiere unterteilt, die in Zusammenarbeit mit den Kommunen festgelegt worden seien. Öffentlich zugängliche Daten die vorlägen, z.B. von DeStatis und der NRW-Bank, seien nicht auf der Ebene unterhalb der Kommunen zu erhalten.

Frau Lübbert ergänzte, dass verschiedenste Datenquellen und Berichte hinsichtlich der Eignung betrachtet worden seien. Problem sei neben der Tatsache fehlender kleinräumiger Daten, dass die unterschiedlichen Datenquellen stets nur Teilaspekte und Teilmengen der Bevölkerung abbildeten, nie aber ein Komplettbild der Wohnsituation der Menschen im Rhein-Sieg-Kreis zeigen würden, wie dies gewünscht sei. Ihr sei auch keine örtliche Sozialplanung bekannt, der gelungen sei, Wohndaten entsprechend aufzubereiten. Die landeseigene Gesellschaft für innovative Beschäftigungsförderung mb -G.I.B- unterstütze und berate auch bei der Sozialplanung. Diese habe Ende 2019 in einer Fachveranstaltung zum Thema Wohnen einzelne Datenquellen vorgestellt. Auch hier sei beklagt worden, dass kleinräumige Daten zurzeit nicht verfügbar sind; Hoffnung gesetzt werde auf die Erhebung zum Zensus und die danach verfügbaren Daten. Als weiterer Weg denkbar sei, dass die Städte und Gemeinden eine Befragung in ihren Quartieren zu Aspekten rund um das Thema Wohnen durchführen, um hierüber mehr Erkenntnisse zu erlangen.

Vorsitzender Abgeordneter Schmitz fasste zusammen, dass es sich um einen laufenden Prozess handle, der durch den AIG und den Sozialausschuss weiterhin eng begleitet werde.

SkE Zingsem führte an, dass im ersten Schritt 14 Indikatoren festgelegt worden seien, die verschiedenste Themenfelder abdecken würden. Es erschließe sich ihr nicht, inwieweit hier z. B. Barrierefreiheit oder inklusive Angebote für Kinder und Jugendliche sowie deren Themen und Bedürfnisfelder berücksichtigt worden seien.

Dezernent Schmitz erklärte, hier nicht die Möglichkeit zu sehen, im Ausschuss intensiv in dieses Thema einzusteigen. Auch in der Lenkungsgruppe seien die Fachdiskussionen, wie die Indikatoren aufgebaut seien, über mehrere Stunden gegangen. Er könne gerne bilateral die Hintergründe hierzu erklären. Es werde

von Aufmerksamkeitsbedarfen gesprochen, dies bezogen auf Themenfelder wie z.B. Alter, Armut und Bildung. Dabei handle es sich um grobe Indikatoren, die noch nicht auf spezielle Einzelthemen ausgerichtet seien. Man befinde sich noch auf einer Meta-Ebene. Zu unterscheiden sei weiter zwischen Aufmerksamkeitsbedarfen anhand der Indikatoren und den Angeboten im Quartier. Die Angebotsseite darzustellen sei eine Aufgabe für die Zukunft.